

o.714.1 -' GV/gr

Bern, 24. März 1986

Notiz an Herrn Botschafter Franz Muheim
betr. Folgen der Abstimmung vom 16. März

Der Ausgang der Abstimmung vom 16. März stellt eine schwere Niederlage, namentlich für unser Departement, dar.

Eine schonungslose Analyse dieses Abstimmungsergebnisses ist notwendig. Die Bereitschaft muss sodann bestehen, alle daraus sich ergebenden Konsequenzen, d.h. wie auch solche personeller Art, zu ziehen.

Es stellen sich vorerst folgende Fragen:

1. Ist die Ausrichtung unserer Aussenpolitik richtig gewesen?

Die Frage muss gestellt werden, obwohl sie seitens des EDA wohl bejaht werden wird. Scheinbar will auch die aussenpolitische Kommission des Ständerats keine Kursänderung.

2. Besteht in der Bevölkerung ein Konsens über die bisherige schweizerische Aussenpolitik?

Das Nein vom letzten Sonntag dürfte gezeigt haben, dass es mit diesem Konsens nicht sehr weit her ist. Wohl besteht eine gewisse Uebereinstimmung über die Grundsätze dieser Politik "in abstracto"; wenn es aber um die Konkretisierung dieser Prinzipien geht, sind sehr wahrscheinlich starke Meinungsunterschiede festzustellen. Was heisst z.B. ein Konsens über den Grundsatz der Solidarität, wenn in der Bevölkerung die Auffassung über Entwicklungshilfe, Asylpolitik und Ausländergesetzgebung stark auseinandergehen?



Was bedeutet ein Konsens zum Grundsatz der Universalität, wenn 7/8 der Stimmberechtigten den UNO-Beitritt nicht befürworten?

3. Wenn wir davon ausgehen, dass der Bundesrat namentlich in aussenpolitischen Belangen eine Führungsaufgabe hat, stellt sich die Frage, wie er dieser Aufgabe in Zukunft besser nachkommen kann, wie unsere Politik besser "verkauft" werden kann.

Zu diesem Zwecke wäre eine wissenschaftliche Analyse über die UNO-Abstimmung wünschenswert (Motiv-Analyse; mich würde z.B. interessieren, ob die Tatsache der zunehmenden Interdependenz überhaupt erkannt wird). Das EDA sollte eine solche Studie in Auftrag geben.

Sodann wäre zu untersuchen, wie die Beziehungen zwischen EDA und eidg. Parlament,
Kantonen und Gemeinden,
Parteien,
ideellen Vereinigungen (Kirchen, Frauenorganisationen, Jugendverbänden etc.),
Massenmedien
 verbessert werden kann.

Auch stellt sich die Frage, wie in unserem Erziehungssystem ein besseres Verständnis für aussenpolitische Belange zu erreichen wäre.

Wichtig scheint mir sodann, dass das Potential der verschiedenen Vereinigungen, die sich für den UNO-Beitritt einsetzen, nicht verloren geht. Wäre es z.B. sinnvoll, wenn die Schweizerische Gesellschaft für die Vereinten Nationen, die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik und die Europaunion sich zu einer repräsentativen Vereinigung zusammenschliessen würden. Ein rascher Kontakt mit NR Ott, BR Friedrich, R. Probst etc. scheint mir in diesem Zusammenhang sinnvoll.

4. Zur Politik gegenüber der UNO:

Bei der Ausübung unserer Beobachterstellung scheint mir eine gewisse Zurückhaltung angezeigt. Die Respektierung des Volksentscheids verlangt dies, aber auch eine gewisse konsequente Haltung gegenüber den UNO-Mitgliedern. Noch nicht Mitglied zu sein oder die Mitgliedschaft so klar abgelehnt zu haben, ist effektiv etwas Verschiedenes. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir uns als Beobachter nicht am UNO-Budget beteiligen. Deshalb sollten wir in Zukunft bezüglich Erklärungen in der GV sehr zurückhaltend sein und auch davon absehen, unsere Auffassungen durch andere Staaten vertreten zu lassen (Beispiel Sondersession über Abrüstung). An den Debatten in der 2. Kommission (24.4. - 2.5.86) über Weltwirtschaftsfragen und in der 5. Kommission (vom 28.4. an) über die Finanzkrise sollten wir uns deshalb nicht aktiv beteiligen. Konsequenterweise sollte an der Sondersession über Afrika (27. - 31. Mai) eine ähnliche Haltung eingenommen werden.

Unsere Zusammenarbeit in Unterorganisationen, in denen wir Mitglied sein können, sollte fortgesetzt werden. Im Frühlings-ECOSOC werden die Wahlen für die TNC-Kommission und das PNUD stattfinden. Wir sind wiederum Kandidat. Da ein clean-slate besteht, erübrigen sich Demarchen in Hauptstädten. Obwohl wir in solchen Fällen früher Demarchen unternahmen, sollten wir bei diesen Wahlen, kurz nach dem 16. März, davon absehen.

An der Konferenz über Abrüstung und Entwicklung sollten wir uns beteiligen. Ob dies auch für die Sanktionen-Konferenz gegen Südafrika gilt, scheint mir sehr fraglich.

In Zukunft sollten wir auch nicht alles in Bewegung setzen, um bei UNO-Veranstaltungen dabei sein zu können (wie dies beim Comité Plénière oder den Globalverhandlungen der Fall war; in Zukunft auch bei Veranstaltungen im Rahmen der GV wie z.B. die Jugendkonferenz 1986).

Der während der Kampagne auch von Gegnern ausgedrückte Wille zu konkretem Engagement sollte benutzt werden. Erhöhung unseres UNFICYP-Beitrags (wenigstens Verdoppelung) durch Nachtragskredit scheint mir eine gute Idee zu sein. Sollte in die Finanzplanung ein Beitrag für UNDOF oder FINUL eingesetzt werden?

Wird es möglich sein, den neuen Rahmenkredit über Entwicklungszusammenarbeit substantiell zu erhöhen? Kann man jetzt schon Beiträge für UN-Fonds erhöhen (UNICEF, PNUD etc.)?

Frage des Beitritts zu den Bretton-Woods Institutionen muss neu überdenkt werden.

Zur Frage der Stärkung der Stellung Genfs und der UNO-Ratifikation der Menschenrechts-Pakte vgl. Notiz von Pierre Helg.

A. von Graffenried

Kopie: SIN
BUJ
MH